

Schreibt Euren Abgeordneten eine Mail. Sie/er **müssen** darauf antworten. Je mehr Abgeordnete sich damit befassen müssen, um so mehr wird das Thema sichtbar!

Die/Den verantwortliche/n Abgeordnete/n für den eigenen Wahlkreis kann man hier finden:

<https://www.bundestag.de/abgeordnete>

Dieser Text hat weniger als 3.000 Zeichen, somit kann das **Kontaktformular** der Abgeordnetenwebseite genutzt werden.

Betreff: Investitionspflicht für audiovisuelle Plattformen – existenzielle Folgen für Agentinnen und Filmschaffende

Sehr geehrte*r Herr / Frau XXX,

als in Deutschland tätiger Agent*in wende ich mich mit großer Sorge an Sie. Die aktuellen Entscheidungen in der Film- und Medienpolitik betreffen meine berufliche Existenz unmittelbar. Für viele Kolleginnen und Kollegen geht es inzwischen konkret um den Erhalt des Arbeitsplatzes bzw. ihrer beruflichen Existenz.

Die Abkehr von einer verbindlichen Investitionspflicht für audiovisuelle Plattformen hat bereits spürbare Folgen. Projekte werden nicht mehr entwickelt oder verschoben, Finanzierungen brechen weg. In der Folge sinkt der Bedarf an Vermittlung, Betreuung und Entwicklung künstlerischer Karrieren.

Vor diesem Hintergrund ist der aktuelle Kurswechsel im Kulturstatsministerium besonders alarmierend, da der Koalitionsvertrag der Bundesregierung eine verbindliche Investitionsverpflichtung für audiovisuelle Plattformen ausdrücklich vorgesehen hat. Dieser politische Auftrag wird nun faktisch aufgegeben, obwohl die rechtlichen Grundlagen bestehen und die europäische AVMS-Richtlinie diesen Weg eröffnet. Die Abkehr von einer verbindlichen Regelung zugunsten freiwilliger Zusagen stellt einen klaren Bruch mit den eigenen politischen Zusagen dar.

Eine Investitionspflicht war angekündigt, rechtlich geprüft und hätte Investitionen ausgelöst, Planungssicherheit geschaffen und Beschäftigung entlang der gesamten Wertschöpfungskette gesichert. Dass dieser Weg nun zugunsten freiwilliger und nicht überprüfbarer Zusagen verlassen wird, ist fachlich wie politisch schwer nachvollziehbar.

In der Pressemitteilung des Verbandes der Agenturen vom 08. Dezember 2025 wird dies wie folgt zusammengefasst:

„Freiwillige Selbstverpflichtungen der Plattformanbieter ersetzen keine verbindliche Investitionsregelung. Ohne klare gesetzliche Vorgaben fehlt

es an Planungssicherheit, Transparenz und verlässlicher Finanzierung für den Film- und Fernsehstandort Deutschland.“

Diese Einschätzung deckt sich mit meinen Erfahrungen. Freiwillige Beteiligungen internationaler Konzerne bieten weder Verlässlichkeit noch Kontrolle. Sie sichern keine nachhaltige Produktion, keine stabilen Arbeitsbedingungen und keinen verlässlichen Kultur- und Wirtschaftsstandort.

Besonders problematisch erscheint, dass dieser Kurswechsel nach Gesprächen mit den betroffenen Unternehmen erfolgt ist, während die Warnungen der Branche unbeachtet bleiben.

Daher bitte ich Sie um eine klare inhaltliche Stellungnahme:
Wie wird politisch begründet, dass eine nachweislich funktionierende und rechtlich zulässige Regelung aufgegeben wird, obwohl die negativen Folgen für Beschäftigte, Unternehmen und den Filmstandort Deutschland bereits sichtbar sind?

Diese Anfrage ist nicht polemisch gemeint. Sie entspringt der Sorge um Arbeitsplätze, Perspektiven und um eine Branche, die einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Identität und wirtschaftlichen Wertschöpfung dieses Landes leistet.

Ich bitte Sie daher um eine transparente Stellungnahme zu Ihrer persönlichen Haltung und zu Ihrem politischen Handeln in dieser Frage.

Mit freundlichen Grüßen